

Die vergessene Republik China

Jing Wang, chinesische Menschenrechtlerin,
Wen-chiang Shen, Pressechef der Taipeh Vertretung in Deutschland
Alexander W. Bauersfeld, DDR-Häftling, Autor

diskutierten über eine demokratische Alternative zu Rot-China am 3. Mai 2011 in der Gedenkbibliothek

Wieder einmal hatte das Publikum der Gedenkbibliothek am vergangenen Dienstag die Möglichkeit, zusammen mit den Referenten Alexander W. Bauersfeld, Frau Jing Wang und Wenchiang Shen einen Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weit hinter die Grenzen der früheren DDR und der Ostblockstaaten zu werfen. Vermutlich ist nicht vielen Menschen in Deutschland bekannt, dass die Pazifik-Insel Taiwan die rechtmäßige Nachfolgerin der Republik China und mit ihren 23 Millionen Einwohnern größer als die DDR ist. Dieses Jahr feiert sie sogar ihr 100-jähriges Bestehen. Zugleich stellt sie auch eine demokratische Alternative zur kommunistischen Volksrepublik China dar. Dennoch erkennen nur wenige Staaten, darunter der Vatikan, die frei gewählte Regierung Taiwans diplomatisch an. So wird auch Wenchiang Shen von der Berliner Taipeh-Vertretung von seinen chinesischen Botschaftskollegen gemieden.

Der ausgewiesene Asien-Experte Alexander W. Bauersfeld, der die lebhaft und spannende Diskussion äußerst fachkompetent moderierte, gab eine kurze Einführung in dieses komplexe Thema. Zunächst wies er auf die Systemunterschiede zwischen Rot-China und Taiwan hin. Während in der Volksrepublik China die kommunistische Partei das Heft in der Hand hält, keine unabhängige Justiz zulässt, grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte mit Füßen tritt und somit in „trauter Gemeinschaft mit Nordkorea“ steht, gibt es in Taiwan ein Mehrparteiensystem, demokratische Wahlen, eine handlungsfähige Opposition und die Garantie der Freiheitsrechte. „Man kann sagen, dass die Pressefreiheit in der Republik China umfassender ist als die Pressefreiheit in Bulgarien“, stellte Bauersfeld heraus. „In der Volksrepublik China dagegen sitzen zehntausende Menschen unter schlimmsten Bedingungen in Gefängnissen, und tausende weitere Häftlinge warten auf ihre Hinrichtung. Dort ge-

schehen Dinge, die ich selber in der DDR erleiden musste. Daher gilt den Verfolgten meine Solidarität und Sympathie.“

Dem stimmte die 1973 in Peking geborene Frau Jing Wang zu, die die unterschiedlichen Denkweisen in China und Taiwan durch folgendes Beispiel veranschaulichte: „Die Bürger Taiwans sind sich bewusst, Steuerzahler zu sein. Ein Chinese dagegen würde fragen: ‚Haben wir so etwas?‘ Das heißt, sie wissen nicht, wie viele Steuern sie zahlen und glauben, das Regime täte ihnen mal wieder etwas Gutes, wenn sie irgendwelche Verbesserungen mit dem Geld der Menschen durchführt.“

Wang, die in ihrer Pekinger Studentenzeit staatskonform und unbehelligt gelebt hatte, machte zudem auf das enorme Informationsdefizit in ihrem Heimatland aufmerksam. Sogar ihre eigene Schwester hat über ihre persönlichen Erlebnisse und ihr Wissen um Verfolgung und Unrecht jahrelang geschwiegen. Aus Angst, wie Wang betonte. Sie selber hielt sich aus Unwissenheit an die Vorgaben, glaubte der Propaganda – und erhielt 1996 einen Reisepass, um ihr Studium in Deutschland fortsetzen zu können. Ein folgenreicher Einschnitt. Ihre Begegnung mit gelebter Demokratie bewirkte bei ihr eine politische Kehrtwende. Von nun an versuchte sie, auf die desolate Menschenrechtssituation aufmerksam zu machen, vor allem durch ihre Artikel in der Zeitung „Epoch Times“. Ihr Augenmerk richtete sie insbesondere auf die Verfolgung von Falun Gong-Praktizierende, einer Anfang der neunziger Jahre entstandenen religiösen Bewegung, die, so Wang, keinerlei politische Ziele habe und mit einem Yoga-Zusammenschluss zu vergleichen sei, auf gar keinen Fall aber mit einer Sekte. Während sie in Taiwan wegen der dort garantierten Religionsfreiheit ungestört ihrem Glauben leben könnten, gehe das Pekinger Regime erbarmungslos gegen die Anhänger von Falun Gong vor. Aus Sicht der Kommunisten handele es sich bei Falun Gong-Praktizierende um Geistesranke und Mörder, also um Staatsfeinde. Wang berichtete von einem Doktoranden, der sich mutig weigerte, die Bewegung zu verlassen. Daraufhin wurde er von der Universität verwiesen, fand aber keine Arbeitsstelle, weil er schriftlich hätte versichern müssen, nichts mehr mit Falun Gong zu tun zu haben. Eines Tages verschwand er spurlos. Sechs Monate lang hörte seine Familie nichts mehr von ihm. Der Gerichtsprozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt – die Familie erhielt falsche Angaben über Ort und Zeit des Prozesses. Das Urteil konnte härter nicht sein: 8 Jahre Haft, und zwar aus zwei Gründen: Der Richter warf ihm erstens vor, auf seinem Computer Informationen über Falun Gong gespeichert zu haben, die der Angeklagte zudem für andere zur Verfügung gestellt habe. „Ein Leben im Gefängnis ist geprägt von grausamster Folter: Schlafentzug, wobei sich der Häft-

ling drei Tage lang aufrecht hinstellen und beim Einnicken schlimmste Schläge ertragen muss, härteste körperliche Arbeit im Sommer, stundenlanges Stehen im Winter ohne Kleidung. Nur selten dürfen Familienangehörige die Gefangenen besuchen. Das war auch im Fall des Doktoranden. Vor kurzem ist er gottseidank entlassen worden, aber nun ist seine Frau verschwunden“, erzählte Wang. Auch sie selber blieb vor Repressalien nicht verschont, doch seitdem sie und ihr Mann 2005 einen deutschen Pass erhalten hatten und offiziell eingebürgert sind, kann ihr nicht mehr viel passieren. Allerdings verwehren ihr die chinesischen Behörden die Einreise nach China. „Es ist schon kurios: Wir dürfen nach China, können aber nicht mehr dorthin, weil wir kein Visum erhalten.“ Dennoch fühlt sie sich nach wie vor ihrem Geburts- und Heimatland sehr verbunden und sieht sich weiterhin als Chinesin. Nicht so Wenchiang Shen. Als er 1996 China besuchte, wurde ihm bewusst, dass er sich nicht als Chinese fühlt. Stattdessen sieht er seinen Platz im demokratischen Taiwan, das allerdings vom übermächtigen Schatten Rot-Chinas permanent bedroht ist. Die derzeitige Regierungspartei lehnt sogar die Unabhängigkeit von der Volksrepublik ab, während die Opposition auf die Eigenständigkeit der kleinen Insel pocht. Wenchiang Shen zeigt sich den Forderungen der Opposition zwar aufgeschlossen, glaubt aber nicht an deren Realisierung. Im Gegenteil, er fürchtet im Falle einer Unabhängigkeitserklärung gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik. Demgegenüber hofft er wegen der gegenwärtigen engen wirtschaftlichen Verflechtungen auf die Entstehung einer Mittelschicht, die im Laufe der Zeit vielleicht auf mehr Demokratie hinwirken könnten.

Frau Wang hingegen ist zuversichtlicher und davon überzeugt, dass das westliche Demokratiemodell auf China übertragen werden könnte. Sicher, China ist sehr groß und, wie Bauersfeld herausstellte, angesichts der brutalen Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 durchsetzt von Misstrauen und Angst. Dennoch wagen es immer mehr Menschen, offen ihre Unzufriedenheit mit ihrem Leben zu zeigen und Kritik am Regime zu äußern. „So gab es 2009 bereits über 8700 Aufstände, die groß angelegt waren und an denen sich sehr viele Menschen beteiligten“, referierte Frau Wang. „Daher geht es nicht darum, wie China demokratisch wird, sondern es muss demokratisch werden.“ Sie setzt auf die chinesischen Exil-Intellektuellen sowie auf das Verantwortungsbewusstsein und den Mut derjenigen, die jetzt noch im Lande schweigen. „Ich denke, das sind die Zukunftsträger, die im rechten Moment die Führung des Landes übernehmen und es demokratisieren werden.“

Hinzu komme das Vordringen der Informationstechnologie, die ja auch in den arabischen Staaten die Umstürze vorangetrieben habe. „Daher denke ich, dass der Umbruch nicht mehr in weiter Ferne liegt. Vielleicht geschieht er in fünf Jahren, vielleicht aber auch schon in einigen Monaten“, so Wang. In diesem Zusammenhang erinnerte Alexander W. Bauersfeld an die Prognose eines Wissenschaftlers im Sommer 1989, der den Zusammenbruch der Sowjetunion spätestens bis zur Jahrtausendwende erwartete. Bekanntlich ist der Untergang bereits zwei Jahre später passiert.

Wie auch immer die Zukunft Chinas aussehen mag: Das am Schluss der Veranstaltung von Alexander W. Bauersfeld vorgelesene Zitat des PEN-Mitglieds Chen Mailing ist zeitlos. Der Schriftsteller schrieb am 10. Dezember 2010, am Tag der Menschenrechte: „Aber die größte menschliche Katastrophe des 20. Jahrhunderts ist die Herrschaft der Kommunistischen Parteien in vielen Ländern, die in den Tod von Hunderten von Millionen Menschen führte, viele Male mehr Menschen, als von den deutschen Faschisten getötet wurden. Die KP Chinas ist ein Feind der Demokratie und der Freiheit, ein Feind der Menschenrechte und ein Feind der Völker der Welt.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Dr. Nicole Glocke